

**29. Februar 1972: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU
Über Maßnahmen, die Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages durch die
BRD zu befördern***

Der Maßnahmenplan, die Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen durch die BRD zu befördern, ist mit den Korrekturen zu genehmigen (Anlage).

Der Sekretär des ZK

Geheim. Expl. Nr. 1

Der Maßnahmenplan, die Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR (12. August 1970) und der Volksrepublik Polen (7. Dezember 1970) durch die BRD zu befördern**

I. Auf politischer Ebene

a) Unter Berücksichtigung des Einflusses öffentlicher Erklärungen der Führung der Sowjetunion auf die weltweite öffentliche Meinung ist die Möglichkeit einer positiven Antwort auf die Bitte der westdeutschen Seite um eine Rede (mit Aufzeichnung) von Gen. L. I. Brežnev zu aktuellen Fragen der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen und zur Sicherheit in Europa zu prüfen. Die Sendungen des Ersten Programms ARD erreichen einen Großteil der Bevölkerung der Bundesrepublik und darüber hinaus auch einen bedeutenden Teil der Bevölkerung der Nachbarstaaten, darunter der DDR und Westberlins.

Eine Rede von Gen. L. I. Brežnev im westdeutschen Fernsehen wäre zweifellos als große Hilfe für all jene Kräfte in der BRD – darunter auch für die DKP –, die nach einer Stärkung und einem weiteren Ausbau der positiven Aspekte in der Politik des westdeutschen Staates streben, und insbesondere nach der Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages. Der Zeitpunkt für die Rede ist in Abhängigkeit von der Lage in der BRD und unter Berücksichtigung der Meinung der SPD-Führung festzulegen.

b) Zu erörtern ist die Möglichkeit eines Treffens von Gen. A. N. Kosygin mit einer Gruppe westdeutscher Journalisten, um das Entwicklungsprogramm für die Zusammenarbeit mit der BRD, u. a. im wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Bereich, zu erläutern, was für die Einflussnahme, insbesondere auf Wirtschaftskreise, nützlich wäre.

c) Der Ratifizierungsprozess des Vertrages vom 12. August 1970 durch den Obersten Sowjet der UdSSR ist zeitlich mit dem Ablauf der Ratifizierung in der BRD in Einklang zu bringen, was vom Bestreben beider Seiten zeugen würde, ein möglichst schnelles Inkrafttreten des Vertrages zu unterstützen. Vorzusehen ist eine entsprechende propagandistische Begleitung des Verfahrens der Vertragsprüfung im Obersten Sowjet der UdSSR, darunter auch eine mediale Berichterstattung über die Sitzungen der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Unions- und Nationalitätensowjets und die Möglichkeit eines Gesprächs von Vertretern der Presse (der sowjetischen und der westdeutschen) mit den Vorsitzenden dieser Kommissionen.

d) Die Richtigkeit unserer Haltung bezüglich einer parallelen Inkraftsetzung der Verträge der BRD mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen sowie der Regelung für Westberlin hat sich zur

* RGANI, F. 3, op. 69, d. 283, S. 1. – Entwurf mit hs. Korrekturen des Sekretärs des ZK, K. F. Katušev, vom 3. Februar 1972 als Beschlussvorlage zum Punkt 7 des Prot. Nr. 34. Zu Nr. 206/GS. Hs. vermerkt: „P[rotokoll] 34/VII, 29. Februar 1972. Ergeht an das Leningrader Gebietskomitee der KPdSU und an die Gen. Brežnev, Podgornyj, Kosygin, Kirilenko, Suslov, Šelepin, Andropov, Demičev, Katušev, Ponomarev, Bajbakov, Kirilenko, Novikov, Gromyko, Patoličev, Beščev, Bugaev, Eljutin, Ščelokov, Šitikov, Nasriddinova, Tjažel'nikov, Rusakov, Jakovlev, Georgadze, Smirtjukov.“ Stempel: „03763.“

** Ebd., S. 2–10. – Anlage zum Punkt 7 des Prot. Nr. 34.

Gänge bestätigt. Es ist zielführend, diese Linie auch weiterhin konsequent beizubehalten. Das Außenministerium der UdSSR hat in der abschließenden Phase des Ratifizierungsprozesses genannter Verträge Überlegungen über das Verfahren und die Fristen der Inkraftsetzung des gesamten Komplexes an Abkommen zu Westberlin vorzulegen.

e) Entsprechend des bei der Konferenz des PBA in Prag erfolgten Meinungsaustausches ist die Linie zur Realisierung der Absichtserklärung vom 12. August 1970 durch die Bundesregierung und zur Umsetzung der von Brandt beim Treffen in Oreanda getätigten Zusicherungen weiterzuverfolgen (Regelung der Frage über die Nichtigkeit des Münchner Abkommens auf einer gegenseitig annehmbaren Grundlage und Normalisierung der Beziehungen mit der ČSSR; Herstellung von den Normen des internationalen Rechts entsprechenden Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und deren Aufnahme in die UNO). Es ist davon auszugehen, dass die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD von den sozialistischen Bruderländern gemeinsam nach dem Abschluss des Ratifizierungsprozesses der Verträge von 1970 erörtert wird. Dem Außenministerium der UdSSR ist der Auftrag zu erteilen, Vorschläge zu Konsultationen mit den deutschen Freunden zur Verhandlungstaktik der DDR mit der BRD auszuarbeiten und diese dem ZK der KPdSU zur Prüfung vorzulegen.

II. Auf staatlich-diplomatischer Ebene

a) BRD

– Zu intensivieren sind Besuche auf der Ebene von Leitern der Ministerien und Behörden der UdSSR und der BRD, und dies sowohl während der Ratifizierung der Verträge durch die BRD als auch in der Zeit danach. Umzusetzen ist die Übereinkunft über eine in nächster Zeit stattfindende Reise des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees des Ministerrates der UdSSR für Wissenschaft und Technik, Gen. V. A. Kirillin, in die BRD. Vorschläge hinsichtlich weiterer Besuche sind unter Berücksichtigung des Meinungsaustausches mit der westdeutschen Seite einzubringen.

– Auszubauen sind dienstliche Kontakte zwischen den Außenministerien der UdSSR und der BRD. Der westdeutschen Seite ist vorzuschlagen, einen regelmäßigen Meinungsaustausch (über den sowjetischen Botschafter in Bonn und den Botschafter der BRD in Moskau) zu Haltungen der UdSSR und der BRD zu einer Reihe von internationalen Fragen einzuführen, die im gegenseitigen Interesse liegen (gesamteuropäische Konferenz, Lage im Nahen Osten, in Indochina, Abrüstung).

Die Praxis der sowjetisch-westdeutschen politischen Konsultationen zu den bedeutenden Fragen der internationalen Politik würde der Regierung Brandt/Scheel zusätzliche Argumente zugunsten des Moskauer Vertrages und der allgemeinen Linie für eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion liefern.

– Die Möglichkeiten der sowjetischen Botschaft in Bonn sind dahingehend zu nutzen, die Regierung der BRD zu größerer Aktivität im Kampf für das Inkrafttreten des Moskauer Vertrages zu ermuntern und offizielle Vertreter der BRD von Versuchen abzuhalten, eine Reihe von Vertragspunkten (unter dem Druck der Opposition) einseitig zu interpretieren.

Herzustellen sind Kontakte mit einzelnen Vertretern der Opposition (auf Bundes- und Landesebene), um nach Möglichkeit einen mäßigenden und neutralisierenden Einfluss auf deren Verhaltenslinie bei der Erörterung der Verträge auszuüben. Auszuweiten sind die Verbindungen der sowjetischen Botschaft mit Geschäftskreisen und Massenmedien, um Argumente zugunsten einer Normalisierung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen zu propagieren.

– Mit W. Brandt zu erörtern ist die Zweckmäßigkeit einer auf Ebene der Unionsrepubliken auszusprechenden Einladung der Ministerpräsidenten einer Reihe von Ländern, im Besonderen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Kühn (Mitglied des Parteivorstandes der SPD) und des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kohl (stellvertretender CDU-Vorsitzender), in die Sowjetunion. Konkrete Vorschläge zu dieser Frage sind unter Berücksichtigung der Überlegungen westdeutscher Seite vorzulegen.

b) DDR

Sicherzustellen ist eine enge Koordination unserer praktischen Tätigkeit zur Mitwirkung bei der Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages mit den Maßnahmen der deutschen Freunde.

Über den sowjetischen Botschafter in Berlin ist die Führung der SED regelmäßig über die bevorstehenden Schritte der sowjetischen Seite zur Mitwirkung bei der Ratifizierung zu informieren. Zu betonen ist die große politische Bedeutung der entsprechenden Aktivitäten der DDR, insbesondere ihres Beschlusses, den Bewohnern Westberlins einen Besuch der Hauptstadt der Republik in der Zeit von Ostern (1.-3.4. d. J.) und Pfingsten (20.-22.5. d. J.) unter den Bedingungen zu gestatten, die nach dem Inkrafttreten des Viermächteabkommens über Westberlin gelten werden. Gleichzeitig ist der Notwendigkeit Beachtung zu schenken, in der bevorstehenden Zeit einen flexiblen und differenzierten Zugang zur propagandistischen Beleuchtung der Lageentwicklung in der BRD an den Tag zu legen. Es gilt der westdeutschen Propaganda von „besonderen innerdeutschen Beziehungen“ Widerstand zu leisten und nach Möglichkeit ein Entfesseln der Diskussion über die „nationale Frage“ und über die Problematik der „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“ zu verhindern. Es ist in der auf die BRD gerichteten Propaganda aufzuzeigen, dass ein Verzögern der Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages eine Entspannung der internationalen Lage in Europa mit allen daraus erwachsenden Folgen erheblich erschweren würde. Die Kritik hat sich vor allem auf die Handlungen der Gegner der Vertragsratifizierung zu konzentrieren.

Unter Berücksichtigung, dass im Zuge des Kampfes rund um die Ratifizierung die Möglichkeit provokativer Aktionen seitens rechter Elemente in der BRD und in Westberlin nicht ausgeschlossen werden kann, gilt es gegenüber den deutschen Freunden den Wunsch zu äußern, dass notwendige Maßnahmen zur Verhinderung von Provokationen an der Grenze, zur Gewährleistung eines normalen Verkehrs von Personen und Waren auf den nach Westberlin führenden Verkehrswegen und zur rechtzeitigen Verhinderung von Zwischenfällen ergriffen werden mögen.

c) USA

Im Zuge der Vorbereitung des Treffens mit Nixon, unter anderem über den vertraulichen Kanal, hat der sowjetische Botschafter in Washington in Gesprächen darzulegen, dass die weitere Verbesserung der politischen Atmosphäre in Europa, die vor allem durch den Abschluss des Ratifizierungsprozesses der Verträge der UdSSR mit der Volksrepublik Polen und der BRD bedingt wäre, zum erfolgreichen Verlauf dieses Treffens beitragen würde. Es ist anzumerken, dass die Zusicherungen offizieller amerikanischer Vertreter, wonach die USA den Entspannungsprozess in Europa und die Ostpolitik W. Brandts unterstützten, in Moskau mit Wohlwollen aufgenommen wurden. Gleichzeitig muss man darauf hinweisen, dass es sowohl den Interessen der UdSSR als auch denen der USA entsprechen würde, wenn der Besuch des Präsidenten in Moskau vor dem Hintergrund des Abschlusses des Ratifizierungsprozesses der genannten Verträge und des Inkrafttretens des Viermächteabkommens über Westberlin vonstatten ginge.

In Anbetracht dessen, dass die Position der USA, u. a. auch ihre öffentliche Position, derzeit eine nicht geringe Bedeutung für die Herstellung von Bedingungen innerhalb der BRD für die Sicherstellung der Ratifikation haben, müssen die Gespräche mit den Amerikanern diese dazu bewegen, die Notwendigkeit ihres öffentlichen Auftritts für das Inkrafttreten der Verträge sowie eines entsprechenden Einwirkens auf die CDU/CSU-Opposition zu erkennen.

d) Frankreich

Fortzusetzen sind die Konsultationen und der Meinungs austausch mit Frankreich zu Fragen, die mit der Mitwirkung bei der Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen durch die BRD zusammenhängen. Hierbei gilt es den Umstand im Auge zu behalten, dass die französische Regierung die Ostpolitik Brandts unterstützt und eine Linie zugunsten der Ratifizierung genannter Verträge verfolgt. Unter Berücksichtigung der Haltung Frankreichs gilt es Möglichkeiten einer Einflussnahme der französischen Seite auf den Abschluss des Ratifizierungsprozesses durch die BRD zu sondieren.

Die bilateralen sowjetisch-französischen Konsultationen sind für ein weiteres Einwirken auf die Haltung Frankreichs zur Frage der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und für eine Anerkennung der DDR durch Frankreich zu nutzen, wobei es gilt, im Besonderen die positive Entwicklung der Haltung Frankreichs in der Frage der Anerkennung zu berücksichtigen.

e) Vatikan

Der sowjetische Botschafter in Rom hat ein Gespräch mit dem Leiter des außenpolitischen Amtes des Vatikan, A. Casaroli, zu führen, der während seines Aufenthaltes in Moskau (Februar 1971) vom Interesse des Vatikan an der Schaffung einer für die Ratifizierung der Verträge der BRD mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen günstigen Lage sprach.

Unter Berufung auf die Aussagen A. Casarolis ist mitzuteilen, dass die Bemühungen des Vatikan zugunsten einer Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen durch die BRD in Moskau positiv bewertet würden. Wir gehen davon aus, dass in den politischen Kreisen in Bonn, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition, die Worte des Vatikan aufmerksam verfolgt werden, und dass der Vatikan zur Durchsetzung eines nüchterneren Zugangs zu den in Europa eingetretenen Realitäten bei der CDU/CSU beitragen könnte.

III. Auf parlamentarischer Ebene

Umzusetzen sind weitere Schritte zur Ausweitung der Kontakte zwischen Parlamentariern der UdSSR und der BRD sowie zum verstärkten Meinungsaustausch zwischen ihnen, und zwar sowohl zu Fragen der bilateralen Beziehungen als auch zu internationalen Fragen. Zu diesem Zwecke ist Folgendes zu unternehmen:

1) Im Namen des Obersten Sowjets der UdSSR ist eine Delegation des Bundestages der BRD zu einem offiziellen Besuch in die Sowjetunion einzuladen.

2) Bei der Entsendung der Delegation der Sektion der Parlamentarischen Gruppe der UdSSR für parlamentarische Beziehungen zu der BRD, die entsprechend der bestehenden Übereinkunft im Mai d. J. die BRD besuchen wird, sind Auftritte von Delegationsmitgliedern vor der westdeutschen Öffentlichkeit, u. a. auch Gespräche mit Journalisten, vorzusehen.

3) Über Bitte der westdeutschen Seite ist eine Delegation von Bundestagsabgeordneten zu Fragen der Bildung und Wissenschaft (bis 9 Personen) unter der Leitung des Vorsitzenden des entsprechenden Bundestagsausschusses, Prof. U. Lohmar, einzuladen. Die Einladung ist im Namen der Parlamentarischen Gruppe der UdSSR auszusprechen, und der Empfang ist dem Staatlichen Komitee für Wissenschaft und Technik der UdSSR zu übertragen. Vorzusehen sind Treffen und Gespräche der Delegation mit Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR.

IV. Auf Handels- und Wirtschaftsebene

Sind Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu ergreifen. Zu diesem Zweck ist Folgendes zu unternehmen:

a) Im März d. J. ist eine Übereinkunft über die Einrichtung einer sowjetisch-westdeutschen Kommission zur wissenschaftlich-technischen und handelswirtschaftlichen Zusammenarbeit auszuarbeiten. Dies hat dahingehend zu erfolgen, dass die erste Sitzung der genannten Kommission Ende April bzw. Anfang Mai 1972 stattfindet.

b) Auf die Industriemesse in Hannover (Ende April – Anfang Mai 1972) ist eine repräsentative sowjetische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Leiters des sowjetischen Teils der gemischten sowjetisch-westdeutschen Kommission, Gen. V. N. Novikov, zu entsenden. Der Auftrag an die Delegation lautet:

– der Teilnahme der Sowjetunion an der 1973 stattfindenden erwähnten Messe ist zuzustimmen, was u. a. die Organisation einer Ausstellung sowjetischer Anlagen und industrieller Produkte mit einschließt;

– Durchzuführen ist ein Meinungsaustausch mit der westdeutschen Seite über die Gestaltung der ersten sowjetischen Industrieausstellung in der BRD. Der Abhaltung einer analogen Ausstellung

der BRD in der Sowjetunion ist im Falle eines entsprechenden Wunsches der westdeutschen Seite zuzustimmen;

c) Das staatliche Planungskomitee, das Staatliche Komitee für Wissenschaft und Technik und das Ministerium für Außenhandel der UdSSR haben ausgehend von den Bedürfnissen der Volkswirtschaft bis Mai 1972 einen Perspektivenplan zur Entwicklung der wissenschaftlich-technischen sowie Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der BRD und mit Westberlin auszuarbeiten und vorzulegen.

Dabei ist Folgendes vorzusehen:

- die Möglichkeit eines Abschlusses umfangreicher, langfristiger Verträge;
- der Aufbau einer direkten wissenschaftlich-technischen und betrieblichen Zusammenarbeit in den vielversprechendsten Branchen;
- die auf Kreditbasis durchzuführende Heranziehung westdeutscher und Westberliner Firmen zum Bergbau in der UdSSR;
- die Möglichkeit einer Ausfuhr von Fertigprodukten in die BRD und nach Westberlin;

d) Das Ministerium für Außenhandel der UdSSR hat die Verhandlungen mit der BRD über den Abschluss eines Handelsabkommens fortzuführen. Der Text des Abkommens ist gemeinsam festzulegen, wobei eine Unterzeichnung nach der Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen Vertrages vorzusehen ist;

e) Das Ministerium für Außenhandel der UdSSR hat in den Grenzen, die vom [5-Jahres-]Plan vorgesehen sind, bis Mitte März d. J. seine Überlegungen zu zwei bis drei großen Geschäftsabschlüssen mit westdeutschen und auch Westberliner Firmen darzulegen;

f) Das Ministerium für Außenhandel der UdSSR hat im April–Mai d. J. unter Berücksichtigung der Vorschläge der sowjetischen Botschaft in Berlin und des Westberliner Senats bezüglich der Möglichkeit unserer Lieferungen von Erdölprodukten und Elektroenergie nach Westberlin einen entsprechenden Meinungsaustausch mit der Westberliner Seite durchzuführen;

g) Entsprechend dem Vorschlag der Bundesregierung haben das Staatliche Komitee für Wissenschaft und Technik der UdSSR und das Eisenbahnministerium der UdSSR eine Delegation von Fachleuten in die BRD zu entsenden, um die Magnetschwebbahn detailliert kennenzulernen und die Möglichkeiten für den Aufbau einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu sondieren;

h) Das Staatliche Komitee für Wissenschaft und Technik hat der westdeutschen Seite eine Zusage für einen Empfang des Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Sohl, des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Friedrich, und einer Gruppe von Industriellen aus Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein in der Sowjetunion zu erteilen;

i) Das Ministerium für Außenhandel, das Staatliche Komitee für Wissenschaft und Technik der UdSSR und die Außenhandelsbank der UdSSR haben im Laufe des Monats März d. J. Vorschläge bezüglich der Eröffnung einer Vertretung der „Deutschen Bank“ in der UdSSR zu unterbreiten, wobei es sich hier um die führende Bank der BRD handelt, die mit der westdeutschen Industrie eng verbunden ist. Zu prüfen sind die vorliegenden Ansuchen auf Eröffnung von Vertretungen einer Reihe weiterer westdeutscher Firmen und Banken in der UdSSR, mit denen die engsten wirtschaftlichen Verbindungen bestehen; die eigenen Vorschläge sind gemäß des festgelegten Verfahrens darzulegen.

V. Auf anderen Gebieten

Zum weiteren Ausbau der Verbindungen mit der BRD sind auch in andere Richtungen Schritte zu unternehmen. Zu diesem Zweck:

a) Dem Ministerium für Zivilluftfahrt der UdSSR ist der Auftrag zu erteilen, entsprechend der Bitte der Regierung der BRD im März, April d. J. Verhandlungen bezüglich des Überfliegens des sibirischen Luftraums von Flugzeugen der „Lufthansa“ auf dem Weg nach Tokio durchzuführen;

b) Der westdeutschen Seite ist vorzuschlagen, im Frühjahr 1972 Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens über einen kulturellen und sportlichen Austausch aufzunehmen, wobei dessen Unterzeichnung nach der Ratifizierung des Moskauer Vertrages vorzusehen ist;

c) Das ZK des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der UdSSR [Komsomol] hat in Abstimmung mit dem Allunionszentralrat der Gewerkschaften und dem Ministerium für Hochschulbildung und mittlere Fachbildung der UdSSR Vorschläge über die weitere Entwicklung des Jugendaustauschs mit der BRD vorzulegen;

d) Das Leningrader Stadtexekutivkomitee hat bis zum 15. April d. J. Vorschläge über die Ausweitung der Verbindungen mit der Stadtregierung von Hamburg zu unterbreiten;

e) Die Bitte des Außenministers der BRD, Scheel, berücksichtigend, haben das Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR und das Innenministerium der UdSSR auf Grundlage eines individuellen Zugangs aufmerksam zu prüfen und Vorschläge bezüglich der Ausreise von Personen deutscher Nationalität, die Verwandte in der BRD haben (255 Personen) aus der UdSSR einzubringen; die Listen dieser Personen wurden von westdeutscher Seite Ende des vergangenen Jahres übergeben.

VI. Über die Informations- und Propagandatätigkeit

Die auf die BRD gerichtete Informations- und Propagandatätigkeit ist in der kommenden Zeit dahingehend auszurichten, dass sie größtmöglich zur Ratifizierung der Verträge von 1970 durch die Regierung Brandt und zur Stärkung der Haltungen jener westdeutschen Kreise beiträgt, die für eine Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern eintreten. Zu verweisen ist auf die Bedeutung des Inkrafttretens des Vertrages vom 12. August 1970 für die Entwicklung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen, für die Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa, unter anderem auch für die BRD selbst. Es ist anzumerken, dass es sich bei diesem Vertrag um ein ausgewogenes Dokument handelt, das für die BRD keineswegs geringeren, sondern wohl höheren Wert hat, als ihre entsprechenden Verpflichtungen für die UdSSR. Zu verstärken ist die Kritik an der außenpolitischen Plattform des Oppositionsblocks von CDU und CSU, argumentativ aufzudecken ist die Haltlosigkeit seiner Politik hinsichtlich der Entwicklungsperspektiven der Lage in Europa. Zugleich ist es ausgehend von unserer prinzipiellen Linie zielführend, sich auch weiterhin kritisch zu solchen Erscheinungen in der BRD zu äußern, wie Antikommunismus, militärische Vorbereitungen und einzelne sozial-wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung im Interesse des Monopolkapitals (ausführliche Vorschläge für Maßnahmen zur Aktivierung unserer Informations- und Propagandatätigkeit bezüglich der BRD werden gesondert vorgelegt).